

QUANTENSPRUNG

Wen sollen Forscher wählen?

Niemand, den ich kenne, weiß, wen er wählen soll. Nach langen Ausführungen über das Für und Wider der Parteien oder die fehlenden Tugenden und Kompetenzen der Politiker folgt ein resigniertes Achselzucken. Der nicht stattfindende Wahlkampf hilft auch nicht. Alle Politiker bekennen sich zu „mehr Bildung“ und betonen, wie wichtig Forschung sei. Die Köpfe als Deutschlands einziger Rohstoff blah, blah. In den Fernsehdebatten kommen Bildung und Forschung höchstens am Rande vor. Weil es niemanden wirklich interessiert?

Aber wie sehen wir aus im internationalen Vergleich? Wir sind bei der Forschungsförderung weiterhin nur im Mittelfeld. Anderswo scheint es besserzugehen, denn Hunderttausende Talente wandern jährlich aus – nachdem der Steuerzahler ihre Ausbildung bezahlt hat. Sie stimmen mit den Füßen ab.

Bei den Schulen ist der internationale Vergleich vielleicht noch nicht so wichtig, denn die wenigsten Eltern werden deswegen auswandern. Die Reichen schicken ihre Kinder ohnehin aufs Internat nach Großbritannien oder nach St.



AXEL MEYER
Professor für Evolutionsbiologie, Konstanz

Gallen. Wenn man wirklich meint, dass dieses Land alle klugen Köpfe braucht, die es erziehen und anziehen kann, dann muss man konstatieren, dass das Schulsystem nicht durchlässig genug ist für den begabten Kevin oder Achmed.

An den Universitäten lohnt sich Leistung nicht genug. Wissenschaftlerkarrieren werden unattraktiv wegen schlechter Bezahlung und langer Arbeitszeiten. Weder in der Lehre noch in der Forschung werden die Besten belohnt, denn Universitäten werden wie Behörden geleitet, in denen kleingeistiger Neid den Status quo einfriert. Visionen finden kein Gehör. Zweitklassige stellen Drittklassige ein. So sinkt das Niveau weiter.

Was tun? In England und den USA besetzen traditionell renommierte Forscher den Posten des Wissenschaftsministers und bringen ihre Kompetenz in relevanten Gremien ein. Auch die nationalen Akademien haben dort viel mehr Einfluss als in Deutschland. Wenn Wissenschaft wirklich den Stellenwert hätte, den Politiker ihr hierzulande zu geben behaupten, warum reißen sich dann nicht die Besten um den Posten? Warum haben wir dann so auffallend oft ehemalige Religionslehrerinnen als Forschungsministerinnen?

Wenn Wissenschaftler die Lage verbessern wollen, müssen sie sich politisch einmischen. Zur Wahl zu gehen ist ein guter Anfang!
wissenschaft@handelsblatt.com

Jedem das Seine oder allen das Gleiche

Alle Parteien versprechen ihren Wählern mehr Gerechtigkeit. Geisteswissenschaftler bezweifeln, dass sie sich zur Rechtfertigung von Politik eignet.

FERDINAND KNAUSS | DÜSSELDORF

„Gerechtigkeit!“ Mit diesem Wort kann man einen großen Teil aller Wahlversprechen zusammenfassen. „Reichtum für alle. Damit es im Land gerecht zugeht“, fordert die besonders gerechtigkeitsverliebte Linkspartei auf ihren Plakaten. Aber auch bei den anderen Parteien fehlt die Gerechtigkeit nicht: FDP-Finanzpolitiker Hermann Otto Solms wirbt für „die gerechte Steuer“. In Ronald Pofallos CDU-Grundsatzprogramm ist Gerechtigkeit sogar einer der drei Grundwerte (neben Freiheit und Solidarität). Auch die SPD spricht implizit den Gerechtigkeitswahn ihrer Wähler an: „Arbeit braucht faire Löhne“.

„In Deutschland werden wichtige Wahlen nach den Kriterien sozialer Gerechtigkeit entschieden“, stellt der Kasseler Soziologe Heinz Bude in einem Essay fest. Denn der Wähler will, so behauptet zumindest Bude, dass die von ihm Gewählten weniger seine Interessen, sondern vielmehr seine Sicht der Welt vertreten. Und in der ist Gerechtigkeit in der Regel die zentrale Instanz.

Politiker sprechen über nichts so gerne wie über angebliche Ungerechtigkeiten, und zwar immer so, als ob selbstverständlich wäre, warum et was gerecht oder ungerecht sei. Dabei klaffen die – unausgesprochenen – Inhalte der Gerechtigkeitsvorstellungen extrem auseinander. „Reichtum für alle“, also Gleichheit, gegen „Leistung muss sich lohnen“: Das sind die beiden Pole der Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit, zwischen denen sich das politische Spektrum der Gegenwart entfaltet. Zur Rhetorik der Politik gehört, dass beide Ideale, Gleichheit und Leistung, immer vage bleiben. Der Wähler habe schließlich, so Bude, „das Bedürfnis nach einer inhaltlich diffusen, aber emotional stimmigen Identifikation mit einer politischen Option“.

Wie wichtig die Empfindungen von Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften sind, merkt man, sobald sie verletzt werden. Wenn ein Manager eine Millionenabfindung bekommt, ohne dafür etwas „geleistet“ zu haben, empört sich die Volksseele und ebenso, wenn bekannt wird, dass armer Leute Kinder nicht die gleichen Bildungschancen haben wie die von reichen Eltern.

In Politik-Talkshows und im Wahlkampf wird daher in erster Linie die „Ungerechtigkeit“ der Politik des politischen Gegners beklagt. Dass sich Leistung nicht lohnt, empfinden FDP-Wähler genauso als ungerecht wie Linke-Wähler das Gehalt von Josef Ackermann. Wahlkämpfer hoffen, das intuitive (Un-)Gerechtigkeitsempfinden ihrer Wähler zu treffen. Aber fast nie geben sie eine Definition dessen, was gerecht oder ungerecht ist.

Was ist also Gerechtigkeit? Kaum eine der zahlreichen Antworten in 2500 Jahren Geistesgeschichte kam ohne den Begriff der Gleichheit aus. Dies ist eine der zentralen Streitfragen zur Gerechtigkeit: Legitimieren angeborene Unterschiede der Menschen ungleiche Behandlung? Aristoteles etwa forderte, die Gleichen gleich und die Ungleichen ungleich



Im Miniatur-Wunderland in der Hamburger Speicherstadt stellen die Parteien auf einem Quadratmeter ihr politisches „Utopia“ vor: hier die Vision der Linkspartei.

zu behandeln – Cicero übersetzte das einprägsam: „Suum cuique“ (Jedem das Seine). Dass die Nazis dieses Motto über KZ-Toren anbrachten, hat zur Diskreditierung dieser Gerechtigkeitsvorstellung beigetragen.

Auch 2300 Jahre nach Aristoteles entwerfen Philosophen immer noch Theorien der Gerechtigkeit mit Anspruch auf Allgemeingültigkeit. Stefan Gosepath, Professor an der Universität Frankfurt, leitet im Rahmen des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ die neue Forschergruppe „Justitia amplifiata“ (erweiterte Gerechtigkeit). Ihr hehres Ziel: bestehende Gerechtigkeitsvorstellungen, vor allem die von John Rawls (siehe Kasten) „für konkrete Anwendungen fruchtbar machen“. Hier könnten also Politiker und Wähler mehr erfahren über das, was sie so gerne lauthals fordern.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die „Leistung muss sich lohnen“-FDP hat von Gosepath wenig intellektuelles Rüstzeug zu erwarten. Sein Hauptwerk „Gleiche Gerechtigkeit“ (2004) dürfte eher Gregor Gysi und Oskar Lafontaine erfreuen. „Gleichheit ist der Inbegriff von Gerechtigkeit“, schreibt Gosepath.

Dass Grundrechte und -freiheiten sowie politische Mitbestimmungsrechte gleich verteilt sein müssen, ist

heute gesellschaftlicher Konsens. Doch Gosepaths „liberaler Egalitarismus“ geht viel weiter: Er setzt die „präsumtive“ (vorweg angenommene) Gleichheit aller voraus: Danach hat jede Person „Anspruch auf den gleich großen Anteil an Gütern, es sei denn, es gibt gute Gründe für eine ungleiche Verteilung. Im Prozess der Rechtfertigung mögen sich Gründe ergeben, diejenige, die an der Produktion der zu verteilenden Güter beteiligt waren, zu privilegieren.“ Jede materielle Ungleichheit steht nach dieser Theorie also von vornherein unter Rechtfertigungszwang. Und diese „Prinzipien der distributiven Gerechtigkeit“ gelten für Gosepath weltweit, nicht nur innerhalb eines Staates oder einer Solidargemeinschaft. Zunächst einmal hat demnach ein arbeitsloser Nigerianer das Recht auf den gleichen Anteil aller produzierten Güter wie ein Investmentbanker in New York.

Die Tatsache, dass Menschen nicht nur in unterschiedliche Verhältnisse, sondern auch mit unterschiedlichen biologischen Vorgaben geboren werden, also was man Schicksal nennt, wollen Egalitaristen zum Zwecke der Gerechtigkeit weitgehend ausgeschaltet sehen: Einzig und allein freiwilliges, selbst verantwortetes Handeln darf zur Besser- oder Schlechterstellung eines Einzelnen führen, fordert Gosepath. Dieses von

vielen gegenwärtigen Philosophen vertretene Gleichheitspostulat, eine Art Kommunismus mit liberalen Ausnahmeregelungen, dürfte der Gerechtigkeitsvorstellung der Linkspartei und der Eine-Welt-Bewegung nahekommen.

Theorien absoluter Gerechtigkeit hatten allerdings oft üble Folgen, wenn sie praktisch umgesetzt wurden. In ihrem Namen ist seit 1789 viel Blut geflossen: Robespierres Terrorherrschaft zum Beispiel berief sich auf denselben „Gesellschaftsvertrag“ von Jean-Jacques Rousseau, der bis heute egalitaristische Philosophen wie Gosepath inspiriert. Die dunklen Seiten der Gerechtigkeit treten zutage, wenn sie nicht philosophisch abstrakt, sondern über ihre Erscheinungsformen betrachtet wird.

Ulrike Meyer und Rainer Maria Kiesow vom Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte kritisieren daher in einem eigenen jungen Forschungsprojekt die „Diktatur der Gerechtigkeit“ – im Rahmen desselben Exzellenzclusters übrigens wie Gosepath. Sie wollen kritisch untersuchen, wie sich Gerechtigkeitsvorstellungen in Geschichte und Gegenwart tatsächlich auswirkten und wie Politiker die Unbestimmtheit der Gerechtigkeit nutzen, um ihre Ziele zu rechtfertigen.

„Wir haben Vorbehalte gegen Gerechtigkeit als Supernorm“, sagt Meyer. Die Allgegenwart des An-

spruchs auf Gerechtigkeit aufgrund politischer Propaganda stehe im Widerspruch zu der in Soziologie, Politikwissenschaft und Rechtstheorie etablierten Überzeugung, dass es keine unveränderliche Substanz der Gerechtigkeit gebe. „Gerechtigkeit ist daher als Rechtfertigungsgrundlage der Politik nicht geeignet“, sagt Meyer.

Inhaltsleere Formeln

Der positivistische Rechtstheoretiker Hans Kelsen (1881-1973) sah in seinem Aufsatz „Was ist Gerechtigkeit?“ nur „inhaltsleere Formeln“. Niklas Luhmann ließ nur formale Gleichbehandlung und Rechtssicherheit als Inhalt gelten. Jacques Derrida hielt eine objektive Gerechtigkeitsvorstellung generell für unmöglich. Längst haben also Sozial- und Geisteswissenschaftler die Gerechtigkeit von ihrem hohen Sockel geholt. Auch im geltenden Recht ist sie allenfalls eine Leitidee.

Hinzu kommt der unaufhebbare Gegensatz zwischen dem Anspruch auf weltweite Verwirklichung und den immer stärker fragmentierten Vorstellungen von Gerechtigkeit. Keine davon hat die Aussicht, sich innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft durchzusetzen – geschweige denn weltweit. „Entsprechend präsentiert sich Gerechtigkeit als „normative Black Box“, in die alles und nichts

Theorien

Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) schuf die Grundlagen egalitärer Gerechtigkeitsvorstellungen. In seinem „Gesellschaftsvertrag“ heißt es: „Mögen sie (die Menschen) auch in körperlicher oder geistiger Kraft ungleich sein, durch Übereinkunft und Recht werden sie alle gleich.“

Utilitarismus ist eine der Gegenpositionen und geht unter anderem auf Adam Smith und John Stuart Mill zurück. Gerechtigkeit spielt dabei nur eine sekundäre Rolle, nämlich insofern sie zu einem positiven Nutzen führt. Für Utilitaristen ist alles gerecht, was den Nutzen vermehrt und den Schaden vermindert. Verteilungen von Gütern und Handlungen werden anhand ihres Nutzens vorgenommen.

John Rawls (1921-2002) ist der gegenwärtig wohl einflussreichste Gerechtigkeitsphilosoph. Er geht bei seiner Theorie der „Gerechtigkeit als Fairness“ ähnlich wie Jean-Jacques Rousseau von einer – rein theoretischen – „ursprünglichen Situation der Gleichheit“ aus, in der die Menschen weder ihre Stellung in der Gesellschaft noch ihr „Los bei der Verteilung natürlicher Gaben“ kennen und sich auf Gerechtigkeitsprinzipien einigen. In diesem Urzustand würden die Menschen, so behauptet Rawls, Ungleichheiten in Macht und Reichtum nur als gerecht akzeptieren, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben.

hingelegt und -gelesen werden kann“, schreiben Kiesow und Meyer. Schlechte Noten also für die politische Rhetorik.

Bei der Suche nach Gerechtigkeit ist vielleicht ein wenig mehr Bescheidenheit angebracht. „Absolute Gerechtigkeit“, so Kelsen, sei ohnehin ein „irrrationales Ideal“. Als Rationalist und Positivist lässt er keine vorausgesetzten Werte und Rechte gelten, sondern nur menschliche Interessen und Konflikte, die durch Gesetze gelöst werden sollen, um den sozialen Frieden zu wahren. Eine solche relative Gerechtigkeit sorgt immerhin dafür, dass die Gesellschaft funktioniert. Ihre Voraussetzung ist nicht eine künstliche Gleichheit sondern Toleranz für die Ungleichheit. Für den Wahlkampf ist eine solche praktikable Gerechtigkeitsvorstellung offenbar nicht geeignet.

UNSERE THEMEN

MO ÖKONOMIE: VWL

DI ESSAY

MI ÖKONOMIE: BWL & FINANCE

DO NATUR UND GEIST

FR LITERATUR

Saudi-Arabiens erste internationale Uni

Männer und Frauen dürfen gemeinsam lernen

DSCHIDDA. Zur feierlichen Eröffnung der ersten international ausgerichteten Universität in Saudi-Arabien kamen gestern zahlreiche Monarchen und Präsidenten in das islamische Königreich. Die nach dem saudischen Herrscher König Abdullah benannte King-Abdullah-Universität für Wissenschaft und Technologie (KAUST) in Thuwal bei Dschidda ist die einzige Hochschule des Landes, an der Männer und Frauen gemeinsam studieren. Nach Angaben saudischer Medien gehörten zu den Gästen unter anderem der türkische Präsident Abdullah Gül und der wegen Kriegsverbrechen in Darfur angeklagte sudanesisische Staatschef Omar Hassan al-Baschir.

KAUST ist eine von der saudischen Regierung finanzierte Hochschule, die jedoch aus dem Ausland zahlreiche Professoren und Verwaltungskräfte angeworben hat und mit Technologieunternehmen wie Dow Chemicals kooperiert. Anders als in allen anderen Institutionen des Landes gilt auf dem Universitätsgelände, das mitten in der Wüste liegt, für Frauen kein Kopftuchzwang. Lediglich 15 Prozent der insgesamt 374

Studenten, die in diesem Semester ihr weiterführendes Studium an der KAUST aufnehmen, stammen aus Saudi-Arabien. Die restlichen Studenten kommen aus dem Ausland, unter anderem aus China, Mexiko und den USA.

Die saudische Bevölkerung gilt als schlecht qualifiziert. Die Universitäten genügen nicht wissenschaftlichen Standards. Für die seit 1975 von 7,3 auf 23 Millionen gewachsene Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter von wenig über 20 Jahren kann die Ölindustrie längst nicht genug Jobs bereitstellen, zumal die Reserven in den kommenden Jahrzehnten zur Neige gehen werden. Andere arabische Ölexporteure wie Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate hatten schon vor Jahren damit begonnen, renommierte Hochschulen aus den USA und Europa einzuladen, bei ihnen „Filialen“ zu eröffnen.

Die Universität ist die Verwirklichung einer Vision von König Abdullah. Viele Beobachter sagen, der betagte Monarch sei in vielerlei Hinsicht moderner als der Großteil der Bevölkerung des Königreichs. *dpa*



Universitätspräsident Choon Fong Shih (links) und Dow-Chemicals-CEO Andrew Livers bei der Eröffnung der King-Abdullah-Universität.

Indiens Kastensystem ist mehr als Tausend Jahre alt

Genforscher belegen, dass es keine Mischungen zwischen den Gruppierungen gab

FERDINAND KNAUSS | DÜSSELDORF

Die Bevölkerungsgruppen auf dem indischen Subkontinent unterscheiden sich nicht nur sprachlich und sozial, sondern auch genetisch außergewöhnlich stark. Eine in der Fachzeitschrift „Nature“ veröffentlichte Studie über die genetische Variation der indischen Bevölkerung stellt fest, dass fast alle Inder auf zwei verschiedene historische Urbevölkerungen zurückzuführen sind, zwischen denen es relativ wenig Vermischung gab – bis heute.

Die Forscher vom Centre for Cellular and Molecular Biology in Hyderabad und aus Harvard entscheiden damit auch die unter Historikern umstrittene Frage nach dem Alter des indischen Kastensystems. Die Annahme, dass es relativ jung ist und vor allem von den Briten zur Konsolidierung ihrer Kolonialherrschaft eingesetzt wurde, ist dadurch endgültig widerlegt. Die strenge Trennung der Kasten mit ihren exklusiven Heiratsvorschriften ist, wie die Genome heutiger Inder belegen, Jahrtausende alt.

Die Genome von zwei nicht verwandten Menschen sind nur zu 0,1 Prozent verschieden. Aber dieser kleine

Teil ist besonders informationsreich. Aus ihm können einerseits die Ursprünge heutiger Völker rekonstruiert werden. Außerdem weisen diese Unterschiede auf sehr verschiedene Risiken für viele Erbkrankheiten hin. In den vergangenen Jahren wurde die genetische Variation für einige Regionen festgestellt, doch Indien blieb bisher unerforscht.

Für die aktuelle Studie wurden jeweils mehr als 500 000 aussagekräftige Gene bei 132 Menschen aus 25 verschiedenen Bevölkerungsgruppen untersucht. Sie repräsentierten 13 Bundesstaaten, alle sechs Sprachfamilien, traditionell „hohe“ und „niedrige“ Kasten und Stammesgruppen.

Die Resultate zeigen, dass fast alle Inder von zwei sehr unterschiedlichen Urbevölkerungen abstammen: Die Angehörigen traditionell „höherer“ Kasten und Sprecher indoeuropäischer Sprachen stammen vor allem von den sogenannten „Ancestral North Indians“, den alten Nordindern, ab, die ab 1500 vor Christus nach Indien kamen. Sie sind verwandt mit Völkern im Mittleren Osten und in Europa. Die anderen stammen in stärkerem Maße von den „Ancestral South Indians“ ab.

Diese alten Sünder sind mit keiner Gruppe außerhalb Indiens näher verwandt.

„Indien besteht genetisch nicht aus einer einzigen großen Bevölkerung, sondern aus vielen isolierten Bevölkerungen“, sagt Lalji Singh vom Centre for Cellular and Molecular Biology in Hyderabad. Die meisten Kasten und Stammesgruppen gehen auf „Founder Events“ zurück, das heißt, sie stammen von relativ wenigen Individuen ab. Auf diese Gründerpopulationen sind die heutigen Gruppen geschlossen zurückzuführen.

Bei anderen Völkern, die auf Founder Events zurückgehen, zum Beispiel bei Finnen und aschkenasischen Juden, ist die Häufigkeit rezessiver Erbkrankheiten besonders groß. Die Macher der Studie vermuten daher, dass das auch für viele indische Volksgruppen zutrifft. „Weitere Untersuchungen sollten zur schnellen Entdeckung von Genen führen, die katastrophale Krankheiten verursachen. Sie werden uns helfen bei der klinischen Behandlung von Individuen und Familien, die einem besonderen Risiko ausgesetzt sind“, erklärt David Reich von der Harvard Medical School in Boston.